

Schlesische Volkszeitung

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, Erscheinungsweise Beilagen usw. werden ausführlich im Kopfe der Morgen-Ausgabe veröffentlicht.
Redaktion und Geschäftsstelle in Breslau 1, Hummeli 39/40/41 • Fernruf Sammelnummer 222 71.

Nr. 264 (Abend-Ausgabe)

Breslau, Mittwoch, den 10. Juni 1931

63. Jahrgang*

Um die Lösung der Reparations-Frage.

Moratorium mit Schiffsbau-Einschränkung?

Rundfunkdienst der „S. V.“

(London, 10. Juni)

Der diplomatische Korrespondent des "Daily Telegraph" schreibt: In amtlichen Kreisen wurde gestern bestätigt, daß Macdonald wahrscheinlich und Henderson bestimmt binnen kurzem Dr. Brüning und Dr. Curtius in Berlin einen Gegenbesuch abstimmen werden. Sollte die deutsche Regierung beschließen, den Plan eines baldigen dreijährigen Moratoriums bezüglich eines Teiles der Reparationen durchzuführen, so würde dieser Schritt wichtige Verhandlungen mit den alliierten Regierungen und dem beratenden Ausschuß des Young-Planes notwendig machen, da der Young-Plan nur ein zweijähriges Moratorium und Suspension der halben Annuitäten vorsieht. Unter diesen Umständen dürfte eine Art internationale Konferenz einberufen werden, da die Zuständigkeit des beratenden Ausschusses nicht ausreichen dürfte. Der Korrespondent fügt hinzu, Henderson wünsche die Besprechungen in Berlin u. a. deshalb fortzusetzen, weil in Chequers sehr wenig über die Abtötung gesprochen worden sei. Allerdings sei in Chequers von dem geplanten Bau eines dritten deutschen Schlachtkessels die Rede gewesen. Die deutschen Minister hätten erklärt, gegenwärtig seien sie nicht in der Lage, auf den Bau zu verzichten. Der bemerkenswerte militärische und politische Einfluß Frankreichs auf Zentral- und Osteuropa im Zusammenhang mit der kleinen Entente sei ein weiterer Gesprächsgegenstand gewesen.

Neuorientierung in U. S. A.?

(Washington, 10. Juni)

In Bestätigung der bereits gemeldeten verschiedenen Anzeichen der letzten Tage, daß sich eine Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik bezüglich der internationalen Schuldenfrage und der Liquidierung des Weltkrieges vorzubereiten scheint, behaupten heute die außenpolitischen Korrespondenten Dulahan von der "New York Times" und Pearson von der "Baltimore Sun", daß hier der Entwurf eines Planes ausgearbeitet werde, durch den die Weltdepression gemildert werden könnte, und zwar offenbar mittels gleichzeitiger Herabsetzung von Rüstungen, Reparationen und alliierten Kriegsschulden. Pearson glaubt, daß eine amtliche Bestätigung vorläufig nicht zu erwarten sei, da Präsident Hoover noch keine festen Entschlüsse gefaßt habe, sondern die Ergebnisse von Stimmons Europareise und die dadurch erhoffte Einwirkung auf den Kongress und die öffentliche Meinung abwarten wolle. Hoover hoffe, daß die deutsche Regierung bis dahin keinen formalen Schritt tun werde, der, solange nicht die Vereinigten Staaten auf die oben erwähnte Umstellung und Verknüpfung der drei Punkte hinreichend vorbereitet seien, die hier im Bildungsprozeß begriffene internationale Hilfsaktion erheblich erschweren, wenn nicht stören würde.

Rohlenpreissenkung um 1 Mark?

Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 10. Juni

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich, der an der Fraktionsfahrt der Staatspartei teilnahm, erklärte bei der Besprechung der Notverordnung, daß durch die Arbeitsbeschaffung der Reichsbahn eine fühlbare Entlastung auf dem Arbeitsmarkt bewirkt werde. Mit den Vertretern des Bergbaus wurde über eine Herabsetzung der Kohlenpreise um 1 Mark für die Tonne verhandelt.

Ausschreitungen im Westen.

× Dortmund, 9. Juni

In Menge kam es zu einer Ansammlung von etwa 200 Erwerbslosen, die johlend vor die Wohnungen der oberen Beamten zogen und dort demonstrierten. Als die Menge auf etwa 300 Personen angewachsen war, traf ein Überfallkommando ein, das die Demonstranten zerstreute. Ein Rädelsführer konnte festgenommen werden. Es bildeten sich dann noch kleinere Trupps von Demonstranten an den Straßenecken, die die Polizeibeamten beschimpften. Sogar Kinder wurden gegen die Polizei aufgehetzt.

In Münster kam es wiederholt zu Demonstrationen. Aus den Fenstern wurde mit Blumentöpfen und Steinen auf die Beamten geworfen. Mehrere Demonstranten flüchteten in die nahegelegenen Häuser. Beamte, die ihnen folgten, wurden mit dem Messer in der Hand empfangen. Einige Durchsuchungen nach Waffen wurden vorgenommen, blieben aber ergebnislos. Unter den Demonstranten waren viele Auswärtige zu beobachten, offenbar handelt es sich um ein plausibles Vor gehen. Verschiedentlich wurde sogar versucht, vor Beginn der Demonstrationen das Überfallkommando telephonisch nach einem anderen Stadtteil zu rufen, um die Beamten durch dieses Manöver abzulenken. Verluste wurden nicht festgestellt.

× Wuppertal, 9. Juni

In den Nachmittag- und Abendstunden kam es in der Innenstadt an verschiedenen Plätzen wiederholt zu Ansammlungen halb-

"Times" über den Besuch der deutschen Minister.

(London, 10. Juni)

"Times" schreibt in einem Leitartikel:

Dr. Brüning und Dr. Curtius haben gestern England verlassen, nach einem Besuch, der zweifellos ein großer persönlicher Erfolg gewesen ist. Sie haben durch ihre Höflichkeit, ihren Laut und ihre Offenheit bei denen, die mit ihnen zusammentrafen, Eindruck gemacht, und aus ihren Abschiedsbotchaften geht hervor, daß sie die Herzlichkeit ihrer Aufnahme gewürdigt haben. Das König Georg zum ersten Male nach dem Kriege zwei deutsche Kabinettsminister empfing, ist ein erfreuliches Ereignis, das hoffentlich ebenso wie das zwanglose Wochenende in Chequers dazu beiträgt, das deutsche Volk davon zu überzeugen, daß die britische Regierung allen fremden Ländern gegenüber gleiche Freundschaftlichkeit empfindet und nichts schändlicher wünscht, als die Besetzung aller Trennungslinien. Dieser Eindruck wird noch verstärkt werden durch die Mitteilung, daß Premierminister Macdonald und Außenminister Henderson binnen kurzem Berlin besuchen werden. Ist die Hoffnung zu gewagt, daß die gegenwärtigen Besuche den Grund für eine kommende Neuerwägung der internationale Kriegsschulden bereiten werden?

"Times" fährt fort, was unmittelbar interessierte, sei die Wirkung des Besuches des Reichskanzlers auf seine eigene Stellung in Deutschland. Der erste Eindruck scheine nicht ungünstig zu sein. Die gemäßigten Kreise hätten keine großen Erwartungen gehabt und seien daher nicht enttäuscht darüber, daß keine konkreten politischen Ergebnisse erreicht worden seien. Aber die jetzige Reichsregierung sei gleich vielen anderen Regierungen Europas, einer Minderheitsregierung, und ihre Stellung sei sogar noch schwieriger, als die der meisten anderen. Das Blatt sagt weiter: Es sind Zeichen erkennbar, daß die Zuneigung der öffentlichen Meinung zum Nationalsozialismus die Mehrheit der deutschen Jugend in eine Partei zieht, die für den Sturz der jetzigen Regierung und für die Zurückweisung der Reparationszahlungen eintritt. Es ist zu hoffen, daß Deutschland sich den mäßvollen Ratschlägen und der weisen Führung seines jetzigen Kanzlers anschließen wird.

Macdonald an Brüning.

(London, 9. Juni)

Premierminister Macdonald hat auf das Abschiedstelegramm, das Reichskanzler Dr. Brüning an ihn gerichtet hatte, mit folgendem Telegramm geantwortet:

Mein lieber Reichskanzler! Vielen Dank für Ihr freundliches Telegramm. Es war für meine Kollegen und mich eine sehr große Freude, Gelegenheit zu haben, Sie und Dr. Curtius in England persönlich kennenzulernen.

Ihr ergebener Ramsay Macdonald.

wütiger Burschen. In der Nähe des Alten Markt waren sie die Schaufenster eines Lebensmittelgeschäftes ein, und versuchten in das Geschäft einzudringen und zu plündern; es gelang jedoch einem Verkehrspolizisten, die Menge mit seiner Waffe solange in Schach zu halten, bis das Überfallkommando zur Stelle war und die Ruhstößer zerstörte. In den Abendstunden kam es in Bremen abermals zu großen Ansammlungen von Erwerbslosen, die durch die Polizei aufgelöst wurden. Im Laufe des Tages wurden zwei Verhaftungen vorgenommen.

Rohlsäureausbruch bei Neurode.

Sieben Tote. — Vier Verletzte.

Eigener Drahtbericht der „S. V.“

+ Neurode, 10. Juni

Wie uns mitgeteilt wird, ereignete sich gestern gegen 22.30 Uhr in den Kohlen- und Tonwerken in Kohlendorf bei Neurode zum Schichtwechsel ein Rohlsäureausbruch. Das Unglück forderte sieben Tote, von denen bereits sechs geborgen sind. Außerdem sind noch vier Verletzte zu beklagen. Zurzeit besteht keine weitere Gefahr mehr. Die Rettungsmannschaften sind eifrig an der Arbeit, um weitere Unglücksfälle zu verhindern. Es ist nicht anzunehmen, daß noch weitere Verunglücksfälle in der Grube sind. Die Ursache des Rohlsäureausbruchs ist bisher noch nicht bekannt.

Die Ausbruchsstelle liegt in einem im Abteufen begriffenen Gefenk auf einem durchgehenden Flöz. Der Ausbruch erfolgte

Politik und Schaukasten-Scheiben.

| Berlin, 10. Juni

In dem Prozeß wegen der Schaukastenzertümmerungen in der Leipziger Straße bei der Reichstagseröffnung verurteilte das Schöffengericht Berlin-Mitte die vier Angeklagten Böhm, Goldhahn, Heinrich und Hinke wegen schweren Landfriedensbruches zu je 6 Monaten Gefängnis. Im Urteil führte der Vorsitzende aus, daß jetzt als festgestellt erachtet werden müsse, daß der größte Teil der Demonstranten der NSDAP angehörte. Nach der Demonstration vor dem Café Dobrin sei man aus den Ruf: „Auf zu Weimar!“ nach der Leipziger Straße gezogen und habe dort die Schaukästen einer Reihe von Geschäften zertrümmert. Das Gericht hat die Angeklagten mit Rücksicht auf ihre Jugendlichkeit und aus der Erwagung, daß die Demonstration aus jugendlicher Unüberlegtheit, Radikal- und Zerstörungslust spontan entstanden sei, mildende Umstände bewilligt.

Aus der Verhandlung selbst wird noch gemeldet:

Die Ausschreitungen bei der Reichstagseröffnung am 13. Oktober 1930, wobei am Café Dobrin und in der Leipziger Straße Fensterscheiben zertrümmert worden waren, beschäftigten heute nochmals das Schöffengericht Berlin-Mitte. Angeklagt waren diesmal Mitglieder der SA, 4 der NSDAP wegen schweren Landfriedensbruches und Bannmeilenübertretung. Nach der Anklage sollen die fünf Angeklagten, der Leichtathlet Marz Böhm, der Generalvertreter Hugo Brose, der aber nicht erschienen war, der Hausdienner Hans Goldhahn, der Konditor Heinrich und der Kaufmännische Angestellte Heinrich Hinke an den Steinwürfen sich beteiligt haben. Die Angeklagten bestreiten das und behaupten, das wären Anschuldigungen der Polizei. Der Vorsitzende erwiderte aber, daß alle Angeklagten von Nationalsozialisten selbst stammten, auch die Beweise ausgewiesen seien. An den Anklammtorten sollen sich die Stürme 4, 9 und 13 beteiligt haben. Der Angeklagte Böhm gab zu, daß er am Café Dobrin ein silbernes Kännchen, mit dem geworfen worden war, aufgehoben und einer Freunde geschenkt habe. Es sei ihm gesagt worden, daß man Gegenstände unter 3 Mt., die man auf der Straße finde, behalten könne. Der Angeklagte Heinrich war früher beim Sturm 4 und damals beim Sturm Brandenburg. Er gehört jetzt der KPD an. In Brandenburg hätten sich 20 Sturmleute auf der Straße verabredet, nach Berlin zu laufen. Der Angeklagte Goldhahn gab zu, einen jüdischen aussehenden Herrn in der Leipziger Straße geschlagen zu haben. Dieser habe sie „gemeine Trottel“ genannt. Er bestreit aber, geschlagen zu haben, daß der Herr schon vorher geschlagen worden war und blutete.

Große Koalition in Bremen.

Bürgermeisterwahl.

Bremen, 9. Juni

Die heute vorgenommene Wahl des Zweiten Bürgermeisters fiel auf den Senator Dr. Spitta (Staatspartei). Durch das infolge der Verminderung des Senats von 12 auf 10 Mitglieder notwendig gewordene Ausscheiden des sozialdemokratischen Bürgermeisters Deichmann und des Senators Dr.-Ing. h. c. Thalenhorst (Staatspartei) war eine Neuwahl für einen der beiden Bremer Bürgermeister erforderlich geworden. Der Senat besteht jetzt aus dem Senatspräsidenten Bürgermeister Dr. Donandt, drei Vertretern der Volkspartei, zwei Staatsparteikern und vier Sozialdemokraten.

Abitur und 9 Jahr-Schulbesuch.

Berlin, 10. Juni

Im Unterrichtsausschuß des Preußischen Landtages wurde ein Antrag, daß die neunjährige Dauer der höheren Lehranstalten und die Reifeprüfung beibehalten werden sollen, angenommen, ebenso ein Antrag, demzufolge vor Verwirklichung von Absichten auf Schuleformen dem Landtag rechtzeitig eine Denkschrift vorgelegt werden sollte.

Abitur und 9 Jahr-Schulbesuch.

Im Unterrichtsausschuß des Preußischen Landtages wurde ein Antrag, daß die neunjährige Dauer der höheren Lehranstalten und die Reifeprüfung beibehalten werden sollen, angenommen, ebenso ein Antrag, demzufolge vor Verwirklichung von Absichten auf Schuleformen dem Landtag rechtzeitig eine Denkschrift vorgelegt werden sollte.

Berlin, 10. Juni

In dem gefährdeten Gebiet arbeiten gewöhnlich 100 bis 140 Leute, die aber infolge der Sicherheitsmaßnahmen beim Schießen hinter die Schiebetüren zurückgezogen wurden. Nach Ansicht des Berghauptmanns Schlattmann ist es eine große Seltsamkeit, daß ein Rohlsäureausbruch erst längere Zeit nach dem Schießen hervortritt. Die Rettungsarbeiten wurden sofort mit 20 Gaschutzgeräten durch eigene Leute der Grube aufgenommen.

Französischer Protest gegen die Breslauer Stahlhelmkundgebung.

Drahtbericht der „S. B.“

+ Paris, 9. Juni.

In der heutigen Sitzung der Kammer gab es eine längere Aussprache über den Zeitpunkt für die Beratungen verschiedener Interpellationen.

Der Abg. Lorin verlangte im Verlaufe dieser Aussprache die baldige Diskussion seiner Interpellation über die Breslauer Stahlhelmtagung, die eine Provokation darstelle, und an der sogar der frühere Kronprinz teilgenommen habe. Am 24. Mai habe in einer anderen schlesischen Stadt eine ähnliche Kundgebung stattgefunden. In Wachen hätten die Stahlhelmlinge sogar Eupen und Malmedy, ja sogar Elsaß-Lothringen zurückgesetzt.

Als bemerkenswert bezeichnete der Redner, daß auf dem Leipziger sozialdemokratischen Parteitag, der die Stahlhelmkundgebung tadelte, doch die Befestigung der Reparationen gefordert wurde (Protest bei den Sozialisten). Er wolle die Eigenschaften des deutschen Volkes anerkennen, aber Deutschland sei gegenwärtig pangermanistisch und bedrohe den Frieden Europas.

Außenminister Briand

ging in seiner Antwort auf die Vorredner ein. Seine Ausführungen gestalteten sich zu einer großen außenpolitischen Kundgebung.

Die Redner auf den Stahlhelmtagungen, so erzählte er, bewiesen nicht gerade pazifistischen Geist. Und besonders in Breslau, wo übrigens nicht 150 000, sondern nur 50 bis 60 000 Teilnehmer gewesen seien, seien in Anwesenheit von Marschällen, Generälen und Prinzen besonders bedauerliche Worte gesunken. Zu mindestens müsse man die dortigen Vorfälle als bedauerlich bezeichnen und sie würden gerade kurz nach den Generäler Bemühungen um Regelung der Minderheitenfrage noch lädelnswert.

Die französische Regierung habe diese Bewegung mit Interesse verfolgt und den für die Außenpolitik zuständigen deutschen Stellen erklärt, was sie von einer solchen Kundgebung halte.

Derartige Kundgebungen entsprechen nicht dem Geiste der Zusammenarbeit zwischen beiden Völkern für die Organisierung eines festen dauerhaften Friedens. Er glaube sagen zu können, daß das von der französischen Regierung zum Ausdruck gebrachte Gefühl von der Reichsregierung geteilt worden sei.

Wenn derartige Zwischenfälle sich ereigneten, müsse man sie kaltblütig und vernünftig betrachten, indem man sie auf ihr richtiges Maß zurückführe, in dem Bestreben das Friedenswerk, dem Frankreich verbunden bleibe zu wahren.

Wenn derartige Zwischenfälle Frankreich von diesem Friedensweg abzubringen imstande seien, würden die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland eine solche Verschärfung erfahren, daß die Zukunft außerordentlich getrübt wird.

Die Politik des Friedens und der europäischen Zusammenarbeit weise Deutschland seinen Platz zu. Es genüge, einen Blick auf die geographische Lage zu werfen, um zu erkennen, daß es sich bei Deutschland um ein mächtiges Volk handele, das mit dem französischen Volk für den Friedensgedanken zusammenarbeiten müsse.

Er habe sich oft gefragt, ob der in Deutschland zu beobachtende Mangel an psychologischem Verständnis eine Boreingenommenheit bedeute, die ihn entmutigen müsse. Er glaube es nicht.

Die Zukunft beider Völker liege in einer Zusammenarbeit

Man müsse die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf derartige Kundgebungen lenken und sie bitten, mit allen verfügbaren Mitteln einzuschreiten, um eine spätere Wiederholung derartiger Kundgebungen zu verhindern. Die Reichsregierung sei aus einem Wahlkampf hervorgegangen, der



Millionenstiftung für das Studium von Amerikanern in Deutschland.

Gustav Oberländer, der amerikanische Strumpfwarenkönig, der aus Bremen gebürtig ist, hat anlässlich der Einweihung des Shurman-Kolleggebäudes in Heidelberg eine Million Dollar gestiftet, um Amerikanern das Studium in Deutschland zu ermöglichen.

Politiker in den Vordergrund habe treten lassen, die chauvinistischer seien als die Stahlhelmlinge.

Es wäre für Frankreich nicht gut, wenn die Reichsregierung durch die Nationalisten gestürzt würde.

Frankreich könne aber allen Ereignissen ruhig entgegensehen und man brauche sich nur seine geographische Lage auf der Karte Europas anzusehen und die Freundschaften, mit denen es umgeben ist, zu betrachten. Ferner über alle zur Verfügung stehenden Mittel nachzudenken. Frankreich könne also seine Kaltblütigkeit behalten, wenn es unangenehmen Ereignissen gegenüberstehe.

Sicherlich werde angesichts jedes derartigen Vorfalles die französische Regierung nicht versöhnen, zu protestieren, damit die Zusammenarbeit nicht gestört werde.

Briand wies weiter darauf hin, daß der Friedensgedanke in Deutschland unleugbare Fortschritte gemacht habe. Man dürfe nicht vergessen, daß der Sieg auf Frankreichs Seite sei und auch nicht, daß das deutsche Volk durch seine schmerzhafte Wirtschaftslage in starke Erregung versetzt werde. Man darf nicht vergessen, daß es zwei Deutschlands, mehrere Deutschlands gäbe. Die Nationalisten bildeten nicht die Mehrheit. Sie seien nicht in der Regierung, sie seien nicht die Herren der Lage. Solange nicht bewiesen sei, daß es unmöglich sei, die Friedenspolitik mit Deutschland genau wie mit den anderen Ländern Europas fortzuführen, glaube er, daß es

in Frankreichs Interesse liege, bei dieser Politik zu bleiben.

Der Abg. Lorin sei auf die Frage der Reparationen eingegangen und zwar unter Anspruch auf den

Besuch der deutschen Minister in London.

Er habe befürchtet, daß Deutschland seine Verpflichtung zur Zahlung der Reparationen verleugnen könnte. Es sei möglich, daß Deutschland bei den Londoner Begegnungen versucht habe, seine schlechte Wirtschaftslage geltend zu machen. Das sei sein gutes Recht. Frankreichs Recht sei es, wenn man ihm irgend etwas vorschlage, was den Interessen des Landes zu widerstehen scheint, nein zu sagen. Es sei nicht möglich, eine Frage wie diese ohne Frankreichs Zustimmung zu regeln. Es sei nicht möglich, das seltener unterzeichnete Abkommen ohne Frankreichs Einwilligung umzustufen. Der Young-Plan sei erst kürzlich in Kraft gesetzt worden. Es könne nicht die Rede davon sein, ihn zu revidieren. Er enthalte in sich Möglichkeiten für Deutschland. Deutschland werde davon vielleicht Gebrauch machen. Das sei sein Interesse. Von dort über bis zu dem Schritt, ihn völlig umzugestalten und von einer neuen internationalen Konferenz für die Schuldenfrage zu sprechen, sei ein weiter Weg.

Bisher habe man sich an den französischen Außenminister in diesem Sinne nicht gewandt. Die Kammer kann sicher sein, daß er sich nicht hineinziehen lassen werde.

Nach Briand spricht nochmals der Abg. Lorin, der behauptet, daß von einer allgemeinen Zusammenarbeit der Völker nicht die Rede sei. In Chequers habe es sich um eine zweckmäßige Unterredung gehandelt. Die Regierung Brüning paktiere mit den Hitlerleuten, deren Forderungen man kenne.

Die Interpellation Lorin wurde hierauf auf unbekannte Zeit vertagt.

144 000 Arbeitslose weniger.

Die Arbeitsmarktlage im Reich.

(Berlin, 9. Juni.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 31. Mai 1931 war die Entwicklung des Beschäftigungsgrades in der zweiten Hälfte des Monats Mai nicht ungünstig. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen hat um rund 144 000 abgenommen; am 31. Mai belief sie sich auf rund 4 067 000. In der Arbeitslosenversicherung wurden am letzten Stichtag — nach einem Rückgang um rund 184 000 — rund 1 579 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Die Belastung der Krisenfürsorge hat sich weiter, und zwar um etwa 15 000, auf rund 929 000 Hauptunterstützungsempfänger erhöht.

Über die Aufteilung der Gesamtzahl der Arbeitslosen nach der Art der gewährten Unterstützung liegen zurzeit Zahlen erst für Ende April vor. Zu diesem Zeitpunkt wurden von 100 Arbeitslosen im Reichsdurchschnitt 86,7 unterstützt, davon die Hälfte aus der Arbeitslosenversicherung, knapp ein Viertel aus der Krisenfürsorge, etwas mehr als ein Viertel aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge. Im einzelnen sind u. a. am Arbeitsmarkt des Kohlenbergbaus Zeichen eines Stillstandes der bisherigen rückläufigen Entwicklung zu erkennen. Die Landwirtschaft hat besonders in den klimatisch begünstigten Gebieten etwas stärkeren Bedarf an Arbeitskräften entwickelt. Im Baugewerbe hat sich die Saisonbelastung in dem erwarteten schwachen Umfang weiter entwickelt.

Ein Vergleich.

Mit dem Konkordat vor zwei Jahren.

Im Hauptauschuß des Preußischen Landtags, der sich mit dem Staatsvertrag mit den evangelischen Kirchen beschäftigte, sprach Abg. Univ.-Professor Dr. Lautscher (Zentr.) aus:

Es berührte eigenartig, dieselben Parteien und sogar dieselben Persönlichkeiten, die vor zwei Jahren, als es sich um das katholische Konkordat handelte, mit größter Energie für die Wahrung des Interesses des Staates und gegen die Freiheit der Kirche plädierten, heute den genau entgegengesetzten Standpunkt vertreten zu sehen. Missbrauch vertraglicher Zuständigkeiten sei unter jedem Regime möglich. Die katholische Kirche hat in diesem Punkte mit dem alten Staat keine guten Erfahrungen gemacht. Wer den Vertrag ablehne, bekunde derselben Kirche, für deren Freiheit und Rechte er kämpft, in unmissverständlicher Form sein Misstrauen.

Geldaffären.

Romanones teilt mir haarsträubende Dinge von den finanziellen „Geschäften“ jenes Pedraza mit, den ich immer mehr als den bösen Geist unseres Königs ansehen muß. Der Souverän ist von einer so erstaunlichen Menschenunkenntnis und Arglosigkeit, daß er einem notorischen Schwindler quasi Vollmacht zur Abwicklung privater Geschäfte des königlichen Hofs gibt. Pedraza geht in seiner gigantischen Freiheit auf nicht mehr und nicht weniger als eine Monopolisierung des nationalen Elektrizitätswesens, der Eisenbahnkonzessionen und der Kupfervorkommen im spanischen Marokko aus. Und zwar möchte er diese Monopolunternehmen unter Ausschaltung der spanischen Banken betreiben, indem er sich bloß auf ausländische Bankgruppen stützt. Daher ein fast einmütiger Widerstand gegen diese gräßlichen Pläne, die bei ihrem Erfolg unser Vaterland völlig in die Abhängigkeit fremden Bankkapitals bringen würden.

Romanones stellt dem König gegenüber die Kabinettfrage, darin unterstützt von seinem Finanzminister. Der Monarch war sehr ungehalten darüber, daß man seinen Freund, „der von den uneigennützigsten Erwägungen zum Vorteil Spaniens geleitet sei“, aus Reid und Eisernes Knie dauernd Knüppel zwischen die Beine werfe.

Romanones: „Der Mann ist ein Schwindler. Er spricht ständig von seinen engen Beziehungen zu den Milliardären von Wallstreet; in Wirklichkeit ist er mit Bankgruppen in Verbindung, mit denen zu arbeiten sich die korrupteste Republik Mittelamerikas schämen würde.“

Alfons XIII.: „Pedraza kenne ich als meinen wahren Freund, der mir persönlich restlos ergeben ist.“

Romanones: „Da Eure Majestät zu Herrn Pedraza ein größeres Vertrauen als zu dem verfassungsmäßigen Staatsminister haben, bitte ich nochmals um meine Entlassung.“

Alfons: „Verlangen Sie die Entlassung für sich persönlich oder für das gesamte Kabinett?“

Romanones: „Ich spreche im Namen aller Minister.“

Der König sah ihn eine Weile schweigend an und sagt dann scharf: „Ist bewilligt!“

(Fortsetzung folgt)

Alfons XIII.

und seine Feinde

Tagebuch-Auszeichnungen eines spanischen Aristokraten
Übersetzt von Richard von Becker

Nachdruck, auch auszugsweise, verboten!

7. Fortsetzung.

Auch jener Abenteurer und Betrüger Pedraza, der sich bis vor kurzem der allerhöchsten Gunst rühmen durfte, ist plötzlich in Ungnade gefallen. Der Kerl hat sich nicht gescheut, auf Betreiben seines Freundes Don B. beim König selbst Propaganda für eine andere Haltung als die strikte Neutralität zu machen. Dabei ist er aber an den Unrechten gekommen. Seiner Majestät ist endlich die Geduld gerissen, und er hat den Menschen vor die Tür setzen lassen.

Der König hat im Schloß von Madrid ein Bureau zum Austausch französischer und belgischer sowie deutscher und österreichischer schwer verwundeter Kriegsgefangener organisiert. Mit nur einer Handvoll Angestellter erledigt er in eigener Person diese höchst menschenfreudliche und wichtige Arbeit.

Mit wieviel Geld und wie struppellosen Mitteln die Northcliffe-Propaganda bei uns in Spanien arbeitet, erkennt man daran, daß die persiflanten Verdächtigungen und Verleumdungen nicht einmal vor der Person des Souveräns haltmachen.

Es werden die lächerlichsten Lügen in die Welt gesetzt. So z. B., daß sich seit Kriegsausbruch die deutschen Unterseeboote an der Mündung des Flusses Ebro nahe Tortosa in früheren, heute verlassenen Fischerhäfen verproviantierten und mit neuem Benzin versorgten. Und dies alles täten sie mit Wissen und Willen des Königs! Soweit die Verleumder zu fassen waren, wurde ihnen natürlich der Prozeß gemacht. Aber leider sind ja gewisse Botschaftsgebäude extraterritorial, und die Drahtzieher drinnen können nicht unschädlich gemacht werden.

Dieser Pedraza ist ein viel schlauerer Spießbube als man je dachte. Nach einigen Monaten, wo er von der Person des Königs entfernt lebte, ist es ihm gelungen, sich wieder lieb Kind zu machen, indem er nämlich seinen Freund, den früheren Chef der Geheimpolizei, rücksichtslos preisgab und sich selbst als den Düpierten und Mißbrauchten hinstellte. Er versteckt ja nichts von Politik und werde sich die Sache als Warnung dienen lassen.

Damit hat er den vertrauensseligen Monarchen wieder eingefangen und sitzt nun wärmer in der Wolle denn je.

Der König hat sich durch seine unbeugsam neutrale Haltung im Weltkrieg die Politiker und Diplomaten der Entente zu den erbittertesten Feinden gemacht. Sie hielten unser Land so gerne wie Italien in diesen blutigen Wahnsinn hineingezogen. Um so größer die Wut und die Enttäuschung, da sie sehen, daß ihre Blütenräume nicht reisen können.

Und daher auch die Schaudergeschichten von deutscher Spionage und Gegenspionage, von den hochverräterischen Aktionen einer mächtigen deutschfreudlichen Partei, welche die Generale und den Hof selbst nicht fernstehen wollen. Die Agenten der Entente spotten ihrer selbst, wenn sie solche Behauptungen aufstellen. Denn in Wahrheit wimmelt unser Land von französischen und englischen Spionen. Sie überwachen den gesamten telegraphischen und Telefonverkehr, und immer wieder entdeckt die politische Polizei eine geheime drahtlose Station, die militärische Meldungen an die Alliierten weitergibt.

Das Ministerium tritt in solchen Fällen gar nicht energisch genug auf. Es erfolgt ein zaghafter Protest, der durch eine lendenlähme Erklärung beigelegt wird. Es ist gewiß schwierig, etwas Entscheidendes zu unternehmen. Denn auf der anderen Seite versenken die U-Boote seit Durchführung des uneingeschränkten Unterseebootkriegs Handelschiffe auch in spanischen Gewässern. Und da sich viele Schiffe der Entente mit der spanischen Flagge tarnen, gibt es auch gelegentlich Übergriffe gegen Einheiten, welche tatsächlich unserer Handelsmarine angehören.

Momentbilder aus Italien.

Begleiterscheinungen des Konfliktes.

Aus der langen Liste katholikenfeindlicher Kundgebungen der faschistischen Jugend, die im „Osservatore Romano“ veröffentlicht werden, ragt besonders hervor, daß an einigen Orten, so in Bologna und Alessandria, diese Linksfaschisten neben den Bildern des Papstes auch die Bilder des Königs verbrannt oder zerissen haben. Diese antimonarchischen Begleiterscheinungen sind psychologisch zweifellos auf die spanischen Ereignisse zurückzuführen.

Englische Korrespondenten berichten aus Lugano, daß die Art der Veröffentlichung der „Geheimdokumente“ in dem „Lavoro Fasista“ und anderen Blättern Italiens (besonders in der „Stampa“ Turatis, die eine über 4 Spalten laufende Plakatschrift für die „Entschlüsse“ über die „Verschwörung“ der „Azione Cattolica“ gegen das faschistische Regime verwandte) die faschistische Jugend erbittern und gegen die Bischöfe und den Papst auftreten mußte. Jedenfalls werde deutlich, daß auch wirkliche Verschwörungen gegen den Faschismus und Mussolini in Italien keinen Sinn haben und zwecklos sind, wenn schon fragwürdige Presseartikel (nach dem „Daily Express“) einen derartigen Fanatismus auslösen können. Die Mussolini ergebene „Morningpost“ sagt, der Duce werde schwiegen, weil er diesen Fanatismus der faschistischen Jugend gegen Widersacher jeder Art nur begrüßen könne.

In Mailand machen sich bereits die Folgen der faschistischen Ausbreitungen gegen katholische Geistliche und Laien bemerkbar. Nicht nur italienische Pilgerzüge nach Rom, Loreto und Padua sind wegen der Einstellung aller Prozessionen und des Fernbleibens des päpstlichen Legaten aus Padua abgesetzt worden, auch aus dem Auslande kommen Berichte über Absagen. Ein amerikanischer Pilgerzug wird statt nach Italien zu kommen, sich mit dem Besuch von Lourdes und Lissabon begnügen. Man nimmt an, daß von der nächsten Woche an überhaupt keine Pilgerempfänge mehr im Vatikan stattfinden werden, weil die Organisatoren die Veranstaltungen ändern werden.

Weil der päpstliche Legat nicht nach Padua kommt, haben, nach einem Bericht des „Osservatore Romano“, von dort auch die Erzbischöfe und Bischöfe Italiens, die der Antoniusfeier beihören wollten, erklärt, sie würden in ihren Diözesen bleiben. Dazu sind sie auch wegen der kirchenpolitischen Lage bewogen worden. Wegen des Fortfalls aller Prozessionen haben italienische und ausländische Pilgerzüge ihr Kommen abgesagt. Täglich treffen zum Leidwesen der Bewohner von Padua, die schon große Vorbereitungen getroffen hatten, neue Absagen ein.

* * *

„Osservatore Romano“ widmete der Polemik und den Zwischenfällen um die Katholische Aktion fünf ganze Spalten. Zwei davon enthalten allein eine neue Beschwerdeliste, in der in anschaulicher Weise besonders drei Fälle geschildert werden, bei denen es zu regelrechten Verwüstungsszenen gekommen sein soll. In die Räume des Pfarramtes San Lorenzo in Damasco, die sich in dem Gebäude der unter internationalem Rechtsschutz stehenden päpstlichen Cancelleria befinden, seien, so heißt es dort, abends 20 Demonstranten eingedrungen. Dabei sei auch ein Kreuzifix zerstochen worden. Eine andere Gruppe von etwa 50 Demonstranten hätte mit eisernen Stangen die Räume der Jesuitenzeitschrift „Civilta Cattolica“ erbrochen, wobei verschiedene Fensterscheiben zerschlagen, Bilder von den Wänden gerissen und Bücher auf die Straße geworfen worden seien. In einem weiteren Artikel polemisiert „Osservatore Romano“ gegen „Lavoro Fasista“ und „Popolo di Roma“, wobei er sich insbesondere gegen das vom „Popolo di Roma“ verbreitete Gerücht wendet, der Generalsekretär der Katholischen Aktion, Prälat Pizzardo, trachte nach der Übernahme des Staatssekretariats. In einem dritten Artikel schließlich veröffentlicht „Osservatore Romano“ eine von Prälat Pizzardo autorisierte Darstellung seiner Reden, die vom „Lavoro Fasista“ als Hauptpunkt für die neue Polemik aufgegriffen worden waren. Prälat Pizzardo dementiert darin in aller Form, daß er jemals von Diktator gesprochen und Worte oder Sätze gebraucht habe, die darauf angepielt hätten. Desgleichen dementiert er absolu die ihm in den Mund gelegte Behauptung, daß die Katholische Aktion in der Lage sein müsse, die Macht an sich zu reißen.

„Lavoro Fasista“ seinerseits hält unter Fortsetzung seiner Polemik an der Richtigkeit der von ihm veröffentlichten Berichte über die vertraglichen Vorstandssitzungen der Katholischen Aktion fest. Das Blatt behauptet, es habe diese Berichte vor ihrer Veröffentlichung Punkt für Punkt genau kontrollieren können.

Tagung der Reichssteuerbeamten.

Vom 31. Mai bis zum 3. Juni d. J. hielt der Bund Deutscher Reichssteuerbeamten seinen 9. Bundestag ab. Bemerkenswert waren die Ausführungen, die der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Lehrer Flügel, anlässlich seiner Begrüßungsansprache machte. Das Loch in den öffentlichen Finanzen müsse ausgefüllt werden und dazu sei auch der deutsche Beamte bereit. Aber es geht nicht an, die Beamenschaft einseitig zu belasten, sondern es sei eine allgemeine Kraftanstrengung aller derjenigen nötig, die heute überhaupt noch über Einkommen verfügen. Durch die einseitige Sonderbelastung der Beamenschaft besthe die große Gefahr, daß der Staat diejenigen Menschen, auf die er sich am meisten verlassen muß, in eine Staatsverdrostheit und in einen unfruchtbaren Radikalismus hineintröhrt.

Darauf legte der 1. Bundesvorsitzende, Steueramtmann Bockel-Berlin, den Geschäftsbericht vor, wobei er einige grundfeste Beurteilungen mache. Der Staat sei nicht um des Beamten willen da, sondern der Beamte für den Staat. Würde man unterlassen, die Standesordnung diesem Grundsatz entsprechend einzustellen, so würden die Steuerbeamten zu jenen Interessentenhausen herabstürzen, von denen kürzlich der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich gesprochen. Bei der Arbeit des Bundes dürfe nicht verkannt werden, daß das Defizit der öffentlichen Finanzen eine Dauererscheinung geworden sei. Im übrigen zeige ja gerade seine Berufsausbildung dem Steuerbeamten, wie Handel und Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft oft genug bis an die Grenzen der Existenzmöglichkeit daniederliegen. Nur im Rahmen der Allgemeinheit sei die Beamenschaft zu opfern bereit.

Im Anschluß daran gelangte folgende Entschließung zur einstimmigen Annahme:

„Die Reichssteuerbeamten als Träger der wichtigsten Reichshoheitsverwaltung, gleich wichtig für Reich, Länder und Gemeinden, lehnen mit der gesamten deutschen Beamenschaft jede weitere Sonderbelastung der Beamten als wirtschaftlich und staatspolitisch verfehlt sowie als ungerecht mit aller Entchiedenheit ab. Die Not der Nation fordert gebieterisch von allen Brotsschichten Opfer, die verfassungsmäßig nach der Leistungsfähigkeit bemessen werden müssen. Wir fordern Sparhaftigkeit in allen Teilen der öffentlichen Verwaltung, wie sie bereits beim Reich geübt wird. Nur sozial gerecht bemessene

steuerliche Opfer, denen sich die deutschen Beamten nie entzogen haben, an denen aber alle Kreise des Volkes in williger Hingabe an den Staatsgedanken ehrlich teilhaben müssen, können darüber hinaus für die nächste Zeit die Not des Staates lindern. Ohne Neuregelung der Reparationsfrage sind jedoch die Finanznot, die Not der deutschen Wirtschaft und die Weltwirtschaftskrise nicht zu überwinden. Seda neue Sondermaßnahme gegen die Beamten muß zu einer staatsgesetzlichen Entfremdung der Beamenschaft, einer der starken Stützen des Staates, führen. Vor dieser Gefahr warnen wir die Reichsregierung eindringlich in letzter Stunde.“

Den Schluß des Verhandlungstages bildete ein außerordentlich bedeutames Referat, das der Präsident des Reichsfinanzhofs, Prof. Dr. Dorn-München, über „Die Stellung des Steuerbeamten zu Staat und Wirtschaft“ hielt.

Bon den katholischen Lehrerinnen.

Zu dem Bericht über die 46. Hauptversammlung des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen sind noch folgende drei Entschließungen nachzutragen:

Verheiratete Lehrerin: Der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen hält heute wie früher an der Forderung fest, daß die Lehrerin ledig sein soll, und daß sie bei ihrer Verheiratung aus dem Amt scheide.

Er stellt diese Forderung, weil sowohl die Aufgabe der Gattin und Mutter als auch die der Lehrerin eine ungeteilte Hingabe verlangen. Er weiß die oft von anderer Seite ausgesprochene Behauptung, als ob ein enthaltsames, ganz dem Erzieherberuf gewidmetes Leben heute nicht mehr möglich sei, mit Entrückt zurück. Zu den idealen Gründen treten heute wirtschaftliche Erwägungen hinzu. Wir erwarten deshalb, daß der Staat eine gesetzlich Möglichkeit schafft, wirtschaftlich verheiratete Lehrerinnen gegen eine Abfindungsumme aus dem Amt zu entlassen.

Auch die Sorge um die Erhaltung des Lehrerinnenstandes überhaupt drängt uns zu dieser Forderung.

* * *

Standeshilfe: Der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen sieht mit Ernüchterung, wie Arbeitslosigkeit auch in seinen Reihen wächst. Volksschulbewerberinnen, technische und Fachlehrerinnen, Berufsschullehrerinnen, Studienassessorinnen warten jahrelang auf Anstellung, frischhere Hauslehrerinnen finden keine Beschäftigung und angestellte Lehrerinnen werden vielfach erdrückt von einem Übermaß an Familienlasten.

In dieser Not fordert der Verein alle seine Mitglieder zur gegenseitigen Hilfe auf, wo und wie es nur möglich ist. Die Zweigvereine mögen keine Mittel unverzüglich lassen, um das Eingehen oder Ruhen von Stellen zu verhindern, und um passende Arbeitsmöglichkeiten für Lehrerinnen ausfindig zu machen oder zu schaffen.

Jede einzelne möge zur Hilfe unter persönlichen Opfern bereit sein, z. B. zum Verzicht auf Nebenverdienst zugunsten der Arbeitslosen. Vor allem möge jede nach Möglichkeit reichlich für die Caritasklasse des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen spenden, in der eine eigene Abteilung für Junglehrerinnen besteht. Weitere Kolleginnen, die in den Ruhestand treten können, mögen diesen Schritt beschleunigen, sofern die Erhaltung der Stelle gesichert ist. Daß Mitglieder, die sich verheiraten, aus dem Schuldienst austreten, ist Ehrensache.

* * *

Pädagogische Professor: Die 46. Hauptversammlung des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen erklärt, daß die Zahl der Dozenturen für Pädagogik an den deutschen Universitäten vermehrt werden muß, und daß katholische Lehrer entsprechen dem Bedürfnis der katholischen Lehrer- und Philologenschaft dazu berufen werden müssen. Ganz besonders dringend erscheint die Errichtung einer Professur für katholische Pädagogik an der Universität Münster, wohin durch das Deutsche Institut für wissenschaftliche Pädagogik besonders viel Studierende gezogen werden, die vom Boden ihrer katholischen Weltanschauung aus Pädagogik studieren und davon promoviert zu werden wünschen.

Die Hauptversammlung bittet darum den Herrn preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, daß unverzüglich eine Professur für katholische Pädagogik dort errichtet werde.

* * *

Die 46. Hauptversammlung des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen, die der Not der Zeit entsprechend, nur eine schwache aber fruchtbringende Arbeitstagung sein wollte, brachte am zweiten Abend, dem 27. Mai, doch eine öffentliche Versammlung, zu der die katholische Geistlichkeit und die Pfarrgemeinde Marburgs geladen waren, nämlich eine eindrucksvolle Elisabethfeier. War es doch für die katholischen Lehrerinnen ganz unmöglich, im Jahre 1931 am Grabe der hl. Elisabeth zu weinen, ohne ihr eine bescheidene Ehrung zu erweisen. Der wunderbare Vortrag der Studienassessorin Maria Wilkens (Schwester von Pfarrer Wilkens-Dittersbach bei Sagan) wurde eingeholt von wenigen aber vollendet vorgetragenen musikalischen Darbietungen zweier Lehrerinnen: Fr. Weiß und Fr. Heyer — letztere eine Lehramtsbewerberin aus Schlesien. Den Schluß bildete das gemeinsam gesungene Te Deum laudamus.

Von Posen nach Warschau.

Katowice, 10. Juni.

Die polnische Presse verzeichnet das Gericht, daß beim Vatikan die Absicht bestehe, einen polnischen Kardinal apostol in Rom zu schaffen, der durch den jetzigen Primas in Polen, Kardinal Holz, bestellt werden soll. In Warschau soll auch der Plan bestehen, den Sitz des Primates von Posen nach Warschau zu verlegen. Wie weit diese Gerüchte eine bestimmte Grundlage haben, läßt sich im Augenblick nicht feststellen.

Westosiedlung wendet sich Schlesien zu.

Zum ersten Male seit Jahren setzten sich dieser Tage wieder Hannoveraner in großer Anzahl mit den niederschlesischen Siedlungssstellen in Verbindung. Es handelt sich um etwa 150 Bauernsöhne aus dem Gebiet um Osnabrück, von denen zunächst 20 bis 25 Schlesien besuchen werden. Die Siedler verfügen über Ersparnisse von je 2000 bis 6000 Mk. und über gute Bestände an Inventar. Sie interessieren sich teils für Mittel-, teils für Bauernstellen. Ihre Ansiedlung erfolgt durch die Schlesische Landesgesellschaft in Breslau.

Ein bestialischer Vater.

* Berlin, 9. Juni.

Beim Kriminalgericht in Moabit stellte sich ein 55 Jahre alter Mann, der angab, er habe seinen fünf Jahre alten Sohn Heinz ermordet. Kriminalbeamte begaben sich nach seiner Wohnung. Was sie dort erfuhren, ist die Tragödie eines kleinen Jungen. Der Mann wohnt in dem Hause zusammen mit seiner Ehefrau und dem Kinde. Er lebte in sehr schlechter Ehe. In seinen Wutausbrüchen schlug er Frau und Kind und beschimpfte sie. Am Dienstag kam es zwischen Mann und Frau wieder zu Tätschelkeiten, in die sich der kleine Heinz weinend einmischt. Der Rohling stieß seine Frau aus dem Zimmer, schloß die Tür von innen ab und schlug das Kind mit einem Stocke nieder. Trotz der flehenden Bitten des Kleinen, von ihm abzulassen, hielt der Wütende nicht inne, bis das Kind verstummt war. Der bestialische Vater nahm an, daß der Junge tot sei, und begab sich nach Moabit, wo er gegen sich selbst Anzeige erstattete. Wie durch ein Wunder ist der Junge mit Verletzungen davongekommen, die erhoffen

lassen, daß er keinen lebensgefährlichen Schaden zurückbehalten wird. Der Mann gibt zu, daß ihm das Kind im Wege war, und daß er schon des öfteren darüber nachgesonnen habe, wie er sich seines Sohnes entledigen könnte. Er wird in Haft behalten und zur Untersuchung seines Geisteszustandes den Arzten vorgeführt werden.

Ein englisches Unterseeboot gesunken.

(London, 9. Juni.

Wie die Admiralsität mitteilt, ist das Unterseeboot „Pozidon“ in der Nähe von Weihaiwei (China) nach einem Zusammenstoß mit einem Handelschiff gesunken. Drei an der Unfallstelle eingetroffene Kriegsschiffe haben fünf Offiziere und 26 Matrosen gerettet. 18 Matrosen werden noch vermisst.

Das gesunkene Unterseeboot war im Jahre 1929 erbaut; es war 85 Mtr. lang und mit einem 10-Zmtr.-Geschütz und mit acht Torpedoröhren ausgerüstet.

Handel - Wirtschaft - Verkehr.

New York schließt matt.

New York, 9. Juni.

Wallstreet eröffnete heute in stetiger Haltung. Da das Publikum nach wie vor wenig Neigung befindet, sich am Geschäft zu beteiligen, ist die Tendenzgestaltung in der Hauptstache von der inneren Veranlagung des Marktes abhängig, der Grundton ist jedoch, trotz der im allgemeinen recht ungünstigen Nachrichten, ziemlich zuversichtlich. Am frühen Vormittag erfolgen verschiedentlich Gewinnmitnahmen, die unbedeutende Kursrückgänge zur Folge hatten, dann setzte aber regere Nachfrage für die führenden Papiere der meisten gefragten Umlaufgebiete ein, so daß Kursavancen von 1 bis 4 Dollar verzeichnet werden konnten. Weniger beachtet waren Delaktien, die aber auch fest tenierten. Gegen Mittag schwang die Stimmung erneut um. Neue Realisationsationen und einige Blankabgaben ließen die vorher erzielten Gewinne bald wieder verloren gehen, und danach erhielt der Markt ein trüges Aussehen. Der Schließung von zwölf kleinen Chicago Bankfirmen kommt wahrscheinlich auch ein gewisser Einfluß auf die Börsenstimmung zu. Auch in der letzten Börsensunde nahm die Abwärtsbewegung ihren Fortgang. Eine Anzahl Eisenbahnen, waren etwas freundlicher veranlagt, da die Entscheidung der südlichen Bahnen sich dem Vorgehen der Westbahnen auf Erhöhung der Frachtraten anschließen, anregte. Im übrigen schloß die Börse matt.

Amerik. Warenmärkte

New York, 9. Juni.

	9.	8.		9.	8.
Petroleum, Resin	15.65	15.65	Weizen Rotw., loko	86.-	
New York	12.25	12.25	Hartw., loko	87.-	
Pennsylvania	1.00-1.50	1.00-1.50	Kanadier, per Mai		
Schmalz, pr. West	8.65	8.55	per Juli	64.-	65.12
Talg, spezial loko	3.-	-	per September	65.87	66.87
Rohzucker, Centrif.	3.-	-	Kaffee		
Juli	1.24-25	1.24	Santos Nr. 4, loko	9.87	9.62
per September	1.33	1.31	Rio Nr. 7, loko	6.87	6.12
Mehl (Sp.-wh. ci)	4.00-4.35	4.00-4.35	September	6.16	6.04
			im Westen	6.30	6.20
			davon in Chicago	6.33	6.23

Tendenz: Rohzucker stetig, Kaffee fest.

Chicago, 9. Juni.

	9.	8.		9.	8.
Weizen per Juli	57.87	58.25	Roggen per Juli	36.12	31.04
Weizen per Septemb.	57.75	56.50	Roggen per Septemb.	37.87	